

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Birke Bull-Bischoff, Dr. Petra Sitte, Doris Achelwilm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 19/19486 –**

### **Auszubildende in der Krise nicht vergessen – Ausbildungskatastrophe abwenden**

#### **A. Problem**

Die Corona-Pandemie bedroht die Ausbildung. Hunderttausende Betriebe haben Kurzarbeit angemeldet, viele werden in die Insolvenz gehen. Die Leidtragenden sind vor allem auch die Auszubildenden. Sie müssen nun fürchten, dass ihre Ausbildung vorzeitig abgebrochen wird und sie ausbildungslos bleiben. Zudem wird der Druck auf den ohnehin schon seit Jahren angespannten Ausbildungsmarkt weiter steigen. Insgesamt wird deutlich, dass die Corona-Krise auf bereits lang bestehende massive Probleme auf dem Ausbildungsmarkt trifft und hier wie ein Brandbeschleuniger zu wirken droht.

#### **B. Lösung**

Es muss dafür Sorge getragen werden, dass der Vergütungsanspruch aus dem Berufsbildungsgesetz bestehen bleibt und die volle Ausbildungsvergütung für Auszubildende und ausbildungsintegriert dual Studierende für sechs Wochen weitergezahlt wird. Sollte Kurzarbeit unumgänglich sein, so ist das Kurzarbeitergeld auch für Auszubildende und ausbildungsintegriert dual Studierende auf 100 Prozent anzusetzen. Ferner soll die Verbundausbildung vereinfacht und finanziell gefördert werden, um Auszubildende und ausbildungsintegriert dual Studierende für den Zeitraum der Krise vor Kurzarbeit des eigenen Betriebs zu schützen und die Fortführung ihrer Ausbildung zu gewährleisten. Zudem soll eine solidarische Umlagefinanzierung eingeführt werden, um die Ausbildungskapazitäten zu stärken, den Ausbildungsmarkt krisensicher zu machen und die Lasten zu verteilen.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/19486.

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/19486 abzulehnen.

Berlin, den 9. September 2020

## **Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung**

**Dr. Ernst Dieter Rossmann**  
Vorsitzender

**Stephan Albani**  
Berichtersteller

**Yasmin Fahimi**  
Berichterstellerin

**Nicole Höchst**  
Berichterstellerin

**Dr. Jens Brandenburg (Rhein-  
Neckar)**  
Berichtersteller

**Dr. Birke Bull-Bischoff**  
Berichterstellerin

**Beate Walter-Rosenheimer**  
Berichterstellerin

## **Bericht der Abgeordneten Stephan Albani, Yasmin Fahimi, Nicole Höchst, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Birke Bull-Bischoff und Beate Walter-Rosenheimer**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/19486** in seiner 164. Sitzung am 29. Mai 2020 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Fraktion DIE LINKE. betont, dass die Corona-Pandemie die Ausbildung bedrohe. Hunderttausende Betriebe hätten Kurzarbeit angemeldet, viele würden in die Insolvenz gehen. Die Leidtragenden seien vor allem auch die Auszubildenden. Sie müssten nun fürchten, dass ihre Ausbildung vorzeitig abgebrochen werde und sie ausbildungslos blieben. Zudem werde der Druck auf den ohnehin schon seit Jahren angespannten Ausbildungsmarkt weiter steigen. Insgesamt werde deutlich, dass die Corona-Krise auf bereits lang bestehende massive Probleme auf dem Ausbildungsmarkt treffe und hier wie ein Brandbeschleuniger zu wirken drohe.

Die Bundesregierung solle aufgefordert werden,

- dafür Sorge zu tragen, dass der Vergütungsanspruch aus § 19 Abs. 1 Nr. 2 BBiG bestehen bleibt und die volle Ausbildungsvergütung für Auszubildende und ausbildungsintegriert dual Studierende für sechs Wochen weiterzuzahlen ist. Sollte Kurzarbeit unumgänglich sein, so ist das Kurzarbeitergeld auch für Auszubildende und ausbildungsintegriert dual Studierende auf 100 Prozent anzusetzen;
- Verbundausbildung zu vereinfachen und finanziell zu fördern, um Auszubildende und ausbildungsintegriert dual Studierende für den Zeitraum der Krise vor Kurzarbeit des eigenen Betriebs zu schützen und die Fortführung ihrer Ausbildung zu gewährleisten;
- einen Gesetzentwurf vorzulegen, um eine solidarische Umlagefinanzierung zu schaffen, die alle Betriebe für die Ausbildung junger Menschen in die Pflicht nimmt und Ausbildungskapazitäten krisensicherer macht. Aus dieser Umlagefinanzierung soll unter anderem finanziert werden:
  - die Einführung eines zeitlich befristeten Ausbildungsbonus für Betriebe, die Auszubildende und ausbildungsintegriert dual Studierende aus insolventen Betrieben übernehmen und ihnen die Fortführung und den Abschluss ihrer Ausbildung ermöglichen,
  - die Schaffung eines Sonderprogramms „Ausbildung“, um in Regionen mit angespanntem Ausbildungsmarkt außerbetriebliche Ausbildung zeitlich befristet in den kommenden zwei Jahren zu fördern. Die Auszubildenden erhalten dabei Arbeitnehmerstatus;
- mit Kammern und Betrieben Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel,
  - die Prüfungen in der Ausbildungszeit zu ermöglichen. Sollten diese ausfallen oder verschoben werden, muss ein Anspruch auf Verlängerung des Ausbildungsverhältnisses geschaffen werden. Hierfür ist in § 21 BBiG ein Anspruch für Auszubildende und ausbildungsintegriert dual Studierende auf Verlängerung des Ausbildungsverhältnisses, wenn diese ohne eigenes Verschulden die Abschlussprüfung erst nach beendeter Ausbildungszeit ablegen können, einzufügen;
  - dass die verpflichtende Freistellung nach § 15 BBiG der Auszubildenden zur Erledigung der berufsschulischen Lernverpflichtungen so ausgelegt wird, dass durch die Betriebe auch bei Schulschließungen ausreichende Zeiten sicherzustellen sind;

- das für die Schülerinnen und Schüler aufgelegte „Sofortausstattungsprogramm“ auch für Auszubildende, Jugendliche in Maßnahmen des Übergangssystems und der Jugendberufshilfe und ausbildungsintegriert dual Studierende zu öffnen und dieses mit entsprechend mehr Mitteln auszustatten;
- gemeinsam mit den Ländern Maßnahmen zu ergreifen und Finanzmittel bereitzustellen, um die Berufsschulen schnellstmöglich in die Lage zu versetzen, die theoretische Wissensvermittlung im Zeitraum der Schulschließung fortzuführen, zum Beispiel mithilfe digitaler Lernangebote. Dafür muss die entsprechende Infrastruktur geschaffen werden;
- Maßnahmen zu ergreifen, um Auszubildende in vollzeitschulischen und betrieblich-schulischen Ausbildungen sowie Erzieherinnen und Erzieher in praxisintegrierter Ausbildung vor Ausbildungsplatzverlust zu schützen. Dazu ist es notwendig, dass das BAföG wieder zu einem existenzsichernden wird, das mehr Menschen erreicht. Hierzu müssen u. a. die Förderung als ein Vollzuschuss gewährt und die Altersgrenzen abgeschafft werden.

### III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 19/19486 in seiner 86. Sitzung am 9. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 19/19486 in seiner 52. Sitzung am 9. September 2020 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Berlin, den 9. September 2020

**Stephan Albani**  
Berichtersteller

**Yasmin Fahimi**  
Berichterstellerin

**Nicole Höchst**  
Berichterstellerin

**Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar)**  
Berichtersteller

**Dr. Birke Bull-Bischoff**  
Berichterstellerin

**Beate Walter-Rosenheimer**  
Berichterstellerin





